

Niedergelassene bilden das Rückgrat der Versorgung

Digitaler Sommerempfang von KVB und KZVB

Die Corona-Pandemie macht es erforderlich, bei Veranstaltungen neue Wege zu beschreiten. Nachdem der gesundheitspolitische Sommerempfang von Kassenärztlicher und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bayerns 2020 komplett ausfallen musste, fand er dieses Jahr in digitaler Form statt.

Dennoch oder gerade deshalb brachte die Veranstaltung interessante Erkennt-

nisse. Die gesundheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Wähler und FDP skizzierten in einer 90-minütigen Diskussionsrunde ihre Vorstellungen von der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens. Der KZVB-Vorsitzende Christian Berger und der KVB-Vorsitzende Dr. Wolfgang Krombholz stellten klare Forderungen an die Politik. Kaum ein heißes Eisen wurde ausgespart – von der Digitalisierung bis zum Vormarsch

investorenfinanzierter MVZ in der Versorgungslandschaft. Alle Interessierten konnten die Veranstaltung als Livestream verfolgen und per Chat Fragen stellen. Mit dem neuen Format wurden sogar mehr Teilnehmer erreicht als mit der Präsenzveranstaltung vor der Pandemie. Für alle, die nicht beim Livestream dabei sein konnten, haben wir die besten Zitate und die wichtigsten Aussagen beim Gesundheitspolitischen Sommerempfang zusammengefasst.

CHRISTIAN BERGER, VORSITZENDER DES VORSTANDS DER KZVB

Wir sind dieses Jahr getreu unserem Berufsethos beim Team Vorsicht.

Die Zusammenarbeit der ärztlichen und zahnärztlichen Selbstverwaltung hat uns und unseren Patienten sehr gut durch die Krise geholfen.

Wir konnten die zahnmedizinische Versorgung auch während der Pandemie jederzeit voll aufrechterhalten.

Wir konnten erreichen, dass die Zahnärzte bei der Versorgung mit Schutzausrüstung in gleicher Weise wie die Ärzte und Krankenhäuser ausgestattet worden sind.

Anders als die Ärzte und Krankenhäuser haben die Zahnärzte keine Liquiditätshilfe erhalten, aber Kurzarbeitergeld.

Die Anzahl der Behandlungen in 2020 war ähnlich hoch wie in 2019.

Zahnärzte und ihre Mitarbeiter haben bereits im Januar 2021 die höchste Priorität bekommen, was die Impftermine anging.

Die Infektionen in der Zahnmedizin beziffert die Berufsgenossenschaft Gesundheit und Wohlfahrtspflege als verschwindend gering.

Zahnärzte und ihr Personal sind seit vielen Jahren gewöhnt, mit Masken und Handschuhen zu arbeiten.

Deutschland ist insgesamt bislang besser durch die Pandemie gekommen, als viele unserer Nachbarländer. Und dies liegt meiner Meinung nach auch an unserem dualen Gesundheitssystem. Das Nebeneinander von ambulanten und stationären Sektor, die Ergänzung von gesetzlicher Krankenkasse und privater Krankenversicherung, vor allem aber die Freiberuflichkeit der Ärzte und Zahnärzte hat sich als effektiv und überlegen erwiesen.

Nicht ohne Grund betonen wir seit vielen Jahren, wie wichtig das meist langjährige Vertrauensverhältnis zwischen dem Patienten und dem Behandler für den effizienten Behandlungserfolg ist.

Investorenfinanzierte medizinische Versorgungszentren verändern die Versorgungslandschaft auch in Bayern. Und ich sage sehr deutlich: nicht zum Besseren. Wir wissen heute, dass sich fast alle MVZ in städtischen Ballungszentren ansiedeln. Sie tragen damit nicht zur Versorgung auf dem Land bei, sie verschärfen vielmehr das Problem. Denn jeder Arzt, jeder Zahnarzt, der dort angestellt ist, fehlt in der flächendeckenden Versorgung im ländlichen Raum.



Fotos: KZVB



DR. WOLFGANG KROMBOLZ, VORSTANDSVORSITZENDER DER KVB

Im letzten Jahr ist durch die Pandemie der Zustand unserer Gesellschaft aufgezeigt worden, die guten Aspekte genauso wie die nicht so guten.

iMVZs nehmen auf eine Art und Weise Einfluss in der Medizin, dass alle Erfahrungen und Leitlinien, dass alles, was wir bisher umsetzen konnten, in Frage stellt. Das Geschäftsmodell heißt Private Equity, das nicht deshalb Kritik verdient, weil es das gibt, sondern weil es am Entscheidenden, nämlich am Patienten, vorbeigeht.

Das Arzt-Patienten-Verhältnis ist die Basis unseres Tuns und deshalb ist es ausgesprochen schwierig, wenn es Fremde sind, die in unserem System nicht das vertreten müssen, was sie tun.

Wenn das Gesundheitssystem von Investoren als Markt gesehen wird, in dem lediglich die Möglichkeit der Abschöp-

fung maximierter Gewinnmargen, nicht aber die Versorgung der Patienten im Mittelpunkt steht, werden nicht nur die Praxen, sondern das gesamte Gesundheitssystem zum Spekulationsobjekt. Das betrifft auch die Nachwuchsfrage.

Wir sind der Meinung, dass profitorientierte Unternehmen in der ambulanten Versorgung nichts zu suchen haben.

Die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen aus allen medizinischen Bereichen haben sich für einen Beruf entschieden, der durchaus mit dem Begriff der Berufung gleichzusetzen ist.

Ein Mensch, der zu einem von uns in die Praxis geht, kann darauf vertrauen, dass er sich heute und auch in Zukunft mit seinen medizinischen Problemen an uns wenden kann.

KLAUS HOLETSCHEK, BAYERISCHER STAATSMINISTER FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Die duale Versicherung ist aus meiner Sicht ein System, das sich sehr bewährt hat und eine Vereinheitlichung ist nicht immer der richtige Weg.

Wir müssen uns gut aufstellen gegen eine Kapitalisierung der Versorgung – ein ganz wichtiges und zentrales Thema.

Mit Gesundheit und Versorgung sollte man nicht spekulieren.

Die Digitalisierung ist ein riesiger und wichtiger Bereich. Wir brauchen Entbürokratisierung, aber auch neue gemeinsame Wege in der Digitalisierung.



DR. DOMINIK SPITZER (FDP), MDL, GESUNDHEITSPOLITISCHER SPRECHER

Was hat uns Corona gezeigt?

Zu Beginn der Pandemie wussten wir alle nicht, was uns erwarten würde. Wir waren überrascht und unvorbereitet. Doch wir haben sehr viel gelernt und sind jetzt mittlerweile auf einem guten Stand.

Duales System oder Bürgerversicherung?

Ein Wechsel muss ja nicht immer ein Wechsel zum Guten sein. Wenn wir jetzt eine Bürgerversicherung auf den Weg bringen würden, hätte dies erhebliche Einschnitte. Mit den privaten Versicherungsgebern haben wir Riesenvorteile in unserem System, und dieses System funktioniert!

Niederlassung oder angestellt?

Eine Niederlassung ist kein Grund, sich sorgen zu müssen. Die Rahmenbedingungen hierfür sind gut, jeder kann aus-

kömmlich verdienen und eine Jobsicherheit gibt es ebenfalls. Doch man braucht auch Planungssicherheit. Zu den Rahmenbedingungen gehört jedoch auch eine attraktive Infrastruktur. Eine schöne Gegend alleine reicht eben nicht.

Wie steht's mit der Digitalisierung?

Die Digitalisierung bietet ungeheure Chancen um Prozesse zu reduzieren. Wir bürokratisieren und verwalten uns selbst, und dies wird immer mehr.

Auf der einen Seite werden immer wieder über die Köpfe der Ärzte hinweg Entscheidungen getroffen. Sie werden viel zu wenig eingebunden. Bei denjenigen, die am Ende ihrer beruflichen Laufbahn stehen, herrscht wiederum sehr häufig Unverständnis, wenn es um Digitalisierung



geht. Wir müssen jedoch alle Beteiligten bei diesem System mitnehmen.

Oberstes Ziel ist die Datensicherheit, meines Erachtens ist dies ein sehr kritischer Punkt. Bei den Zahnärzten liegt es etwas anders. Hier müsste man die Digitalisierung gar nicht

so forcieren, jedem sollte dies selbst überlassen bleiben. Der Mehrwert ist nicht unbedingt erkennbar. Die Patienten einer Zahnarztpraxis haben sehr überschaubare Probleme. Ein forschendes Vorgehen der Digitalisierung ist hier nicht angebracht.

BERNHARD SEIDENATH (CSU), MDL, VORSITZENDER DES GESUNDHEITSAUSSCHUSSES

Was hat uns Corona gezeigt?

Die niedergelassenen Hausärzte, Fachärzte, auch die Zahnärzte bilden das Rückgrat in der Versorgung. Meine große Sorge ist, dass das ambulante System die Versorgung langfristig nicht mehr schafft und kollabiert.

Ärzte können sich dem Thema Videosprechstunde nun besser und näher widmen. Sie haben den Weg dafür ja schon auf den Ärztetagen freigemacht.

Das Zusammenspiel von öffentlichem Gesundheitsdienst, den Gesundheitsämtern vor Ort und dem ärztlichen Bereitschaftsdienst war extrem wichtig. Es war auch die Grundlage und das Erfolgsrezept für das Nachverfolgen und Unterbrechen von Infektionsketten. Diese Erfahrungen werden eine Rolle spielen, wenn wir den öffentlichen Gesundheitsdienst weiterentwickeln.

Duales System oder Bürgerversicherung?

Die CSU hat ein klares Programm: Behalt der Dualität, keine Bürgerversicherung und keine Kopfpauschale. Das jetzige System aus GKV und PKV wird beibehalten – es hat sich ja auch gut bewährt.

Es bringt nichts, Rückstellungen, die die PKV als demografiefeste Institution angesammelt hat, kurzfristig in die GKV zu

transferieren. Nach einigen Jahren wären sie weg. Dies wäre hochgradig kurzsichtig. Wir haben hier ein demografiefestes System, was wir beibehalten wollen und werden.

Niederlassung oder angestellt?

Die Bürokratie ist nicht das Hauptthema bei der Frage Freiberuflichkeit oder Angestelltendasein. Es handelt sich vielmehr um die Sorge, Haftung zu übernehmen und Verantwortung zu tragen.

Der Freistaat Bayern setzt auf die Gesundheitsregionen Plus. Hier versuchen wir die Akteure vor Ort zusammenzubringen und dann zu sehen, wo es in der Versorgung gehapert hat uns wie wir Stabilität hineinbringen können. Das gilt auch für die zahnärztliche Versorgung.

Über die Gesundheitsregionen Plus, die vom Freistaat gefördert werden und die es in fast jedem Landkreis gibt, lässt sich hier viel tun (Public Medical Partnership).

Wir haben in Bayern im vergangenen Wintersemester erstmals 113 Studienplätze für Landärzte besetzt, die sich in unterversorgten Regionen ansiedeln wollen. Hierfür gab es 600 Bewerber, es war also fünffach überbucht und das zeigt doch, dass diese Strategie funktioniert.



SUSANNE ENDERS (FREIE WÄHLER), MDL, GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN

Was hat uns Corona gezeigt?

Für mich als über 30 Jahre im Gesundheitswesen tätig Gewesene hat die Inzidenz eine ganz andere Wertigkeit als für jemanden, der sich im Gesundheitswesen vielleicht nicht so gut auskennt.

Duales System oder Bürgerversicherung?

Für die Freien Wähler hat die private Krankenversicherung genauso ihre Berechtigung wie die gesetzliche Krankenversicherung. Das System funktioniert jetzt. Doch die Frage

ist, ob das System angesichts der finanziellen Last, die die Gesundheitsversorgung bei der ständig älter werdenden Gesellschaft fordert, auch in Zukunft funktioniert.

Für die Freien Wähler steht außer Frage, dass es weiterhin eine gesetzliche und private Krankenversicherung geben wird – aber eben gleichwertig. Jeder sollte die Möglichkeit haben, im Rahmen einer sozialen Gesundheitsversicherung selbst zu wählen, ob er in die PKV oder GKV geht.





Wie geht man mit MVZs und iMVZs um?

Kommunenbetriebe MVZ gibt es leider viel zu selten in Bayern.

Die nächste Koalition im Bund sollte klar darauf achten, dass man deutschlandweit Regelungen für eine Begrenzung findet und in einem gewissen Bereich auch nur eine gewisse Anzahl investorbetriebener MVZ zulässt.

Den Kommunen sollte die Möglichkeit gegeben werden, die MVZ auch in kommunaler Hand zu behalten. Dadurch könnte man dem meines Erachtens negativen Trend zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens wirklich Einhalt gebieten.

Niederlassung oder angestellt?

Viele junge Menschen gehen uns verloren, weil sie überhaupt keine Lust auf eine Niederlassung haben. Die Hausarztquote ist ein Schritt in die richtige Richtung. Man muss genau solche pragmatischen Lösungen finden! Wenn es weitergeht wie bisher, sehe ich die Freiberuflichkeit des Ärztestandes an sich in Gefahr.

Die etablierten Ärzte sollten aktiv auf den Nachwuchs zugehen und ihnen die Vorteile der Niederlassung darlegen. Man muss den jungen Leuten auch Mut machen, etwas zu wagen.

Die Zusammenarbeit mit den Kommunen ist an dieser Stelle sehr wichtig.

Wie steht's mit der Digitalisierung?

Es gibt keine digitalen Informationen, die man nicht auch knacken oder hacken könnte.

Es ist wichtig, dass Patienten über ihre Daten und vor allem darüber, welche sie an wen weitergeben, selbst entscheiden können.

Wichtig ist, dass wir von staatlicher Seite aus die wissenschaftliche und finanzielle Unterstützung dafür geben, dass unsere Daten so sicher wie möglich verarbeitet und aufbewahrt werden können.

Die Digitalisierung ist sehr wichtig, ihr gehört die Zukunft. Doch wir müssen uns gewahr sein, dass es hier weiterhin auch Schwachstellen geben wird.

RUTH WALDMANN (SPD), MDL, GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN



Was hat uns Corona gezeigt?

Die Pandemie hat mir gezeigt, wie sehr wir alle aufeinander angewiesen sind. Und dass es nur miteinander geht.

Der Begriff Systemrelevanz ist nicht ganz unproblematisch. Doch was bei allen angekommen sein dürfte, ist, dass das Gesundheitssystem sehr systemrelevant ist.

Was das Gesundheitswesen angeht, hat die Pandemie ein Brennglas auf die Probleme und Zukunftsherausforderungen gerichtet. Wie wollen wir unsere Gesundheitsversorgung hinkriegen, wie ist es mit der Verteilung der Ärzte und Krankenhäuser im ganzen Land und auch in den Ballungszentren? Diese Themen gab es auch schon vorher, doch sie sind jetzt noch sichtbarer geworden.

Das Thema Gesundheitspolitik hat an Relevanz gewonnen.

Früher gab es 80 Millionen Bundestrainer, nun jedoch haben wir 80 Millionen Pandemieexperten in Deutschland, die uns alle auf die Finger schauen. Alle wollen etwas beitragen.

Es stimmt, dass wir anfangs nicht auf die Pandemie vorbereitet waren. Jetzt sind wir aber nicht mehr am Anfang und somit durch einige Erfahrungen reicher. Ich würde mir

wünschen, dass anstehende Themen etwas gründlicher vorbereitet werden.

Duales System oder Bürgerversicherung?

Wenn daran gelegen ist, das duale System aufrechtzuerhalten, dann braucht man natürlich auch Risiko- und Strukturausgleiche wie GKV und PKV, um dies etwas stabiler zu halten.

Ein Projekt wie die Bürgerversicherung ist sinnvoll, sie ist jedoch eine langfristige Angelegenheit. Wir reden hier von einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren.

Jetzt erst einmal geht es darum, die Situation für alle zu stabilisieren. Wir brauchen mehr Geld im System, weil wir auch mehr Anforderungen bei Themen wie dem demografischen Wandel oder der Pflege haben.

Wie geht man mit MVZs und iMVZs um?

Ich würde deutlich unterscheiden zwischen MVZ, die kommunal oder gemeinnützig betrieben werden und solchen, bei



denen Investoren dahinterstehen. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied, vor allem in den Versorgungsfragen.

Wir sollten uns nicht an den Marktanteilen, sondern am Patienten orientieren. Im Mittelpunkt muss stehen, welche Versorgung brauchen wir an welcher Stelle.

Wir müssen noch stärker auf Bedürfnisse und Bedarfe eingehen, die bisher vielleicht nicht so abgebildet sind. So weitermachen wie im bisherigen System, wird schwierig.

Niederlassung oder angestellt?

Beim Medizinstudium kommt es ganz besonders auf das praktische Jahr an. Hier werden sehr häufig die Weichen gestellt, wie es beruflich weitergeht. Die Ärzte werden hier allerdings viel zu sehr alleine gelassen und überfrachtet. Man muss sorgfältiger vorgehen, um junge Ärzte und Ärztinnen für bestimmte Versorgungsformen gewinnen zu können.

Die allgemeinen Lebensbedingungen spielen bei der Frage, wo man sich niederlässt, eine große Rolle. Das betrifft nicht nur die Region, sondern auch die Ballungsräume, in denen oftmals auch eine etwas unglückliche Verteilungssituation herrscht.

Wir müssen uns an dieser Stelle etwas mehr bewegen, um der Flucht in Systeme, die wir vielleicht gar nicht so haben möchten, nicht Vorschub zu leisten.

Die Landarztquote ist nicht alleine die Lösung des Problems. Wir müssen uns klarmachen, dass es 19-Jährige sind, die eine Entscheidung für einen Lebensweg treffen sollen.

Wie steht's mit der Digitalisierung?

Wir brauchen bei der Digitalisierung praktikable und aufeinander abgestimmte Systeme, damit sie tatsächlich eine Erleichterung darstellen. Im Moment sind diese eher eine Last, als eine echte Unterstützung werden sie nicht unbedingt empfunden.

Entscheidend ist, dass der Patient selbst mitbestimmen kann, welche Daten wer zu sehen bekommt. Es muss gewährleistet sein, dass relevante Informationen fließen können und kein Unbefugter Zugriff auf die Daten erhält.

Das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient ist und bleibt der zentrale Punkt. Die Digitalisierung ist zwar unsere Zukunft, doch sie dient letztlich nur der Unterstützung. Unsere Hausaufgabe muss es sein, auch an diejenigen Patienten zu denken, die ein geringeres digitales Verständnis haben oder technisch weniger gut ausgestattet sind. Ich denke hier vor allem an die Älteren.

CHRISTINA HAUBRICH (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), MDL, GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN



Was hat uns Corona gezeigt?

Als ich damals frisch in den Landtag kam, war eines der ersten Dinge für mich, nach dem Pandemieplan zu fragen. Ich habe festgestellt, dass dieser damals nicht fertig war und ich hätte nicht gedacht, welche Relevanz dieses Thema einmal bekommen würde.

Viele Dinge sind nicht erst durch die Pandemie entstanden, die Probleme waren schon vorher da. Allerdings wurden sie nun wie durch ein Brennglas aufgezeigt.

Positiv ist, dass die Digitalisierung nun mehr in Schwung kam. Ich hoffe, dass sich dadurch einiges an Vorhaben beschleunigen wird.

Duales System oder Bürgerversicherung?

Vor allem sollte der Patient immer im Mittelpunkt stehen. Das System muss so gestaltet sein, dass es für den Bürger als Patient und Versicherungsnehmer am besten ist.

Niederlassung oder angestellt?

Bürokratie muss abgebaut werden. Wer sich für einen medizinischen Beruf entscheidet, möchte mit den Menschen, aber

auch am Menschen tätig sein und nicht nur noch Formulare ausfüllen.

Ein Großteil der (Zahn-) Medizinstudierenden ist heute weiblich. Hier geht es dann eher um die Familiengründung und nicht mehr darum, in Vollzeit zu arbeiten. Das Berufsbild muss so attraktiv gestaltet werden, dass es nicht mehr in Konkurrenz zu einer Anstellung steht. Die jeweiligen Anforderungen muss man auch stemmen können.

Die Gesundheitsregionen Plus sind ideal, um seitens der Kommunen die jungen Medizinstudenten einzubinden.

Die Kommunen sollten entsprechende Pläne entwickeln, wie man junge Menschen vor Ort halten könnte.

Wie steht's mit der Digitalisierung?

Die Pandemie hat die Digitalisierung noch einmal sehr angeschoben.

Datenschutz ist sehr wichtig, darf aber auch nicht als eine Bremse verwendet werden.

Wichtig ist auch, dass wir das Vertrauen in die digitalen Neuerungen steigern müssen. Wenn es uns nicht gelingt die Beteiligten mitzunehmen, wird es sehr schwierig.

